Stellt wachsender Wohlstand den Sozialstaat in Frage?

Wie künstliche Intelligenz Arbeit, Wertschöpfung und die Finanzierung unserer sozialen Sicherheit verändert.

Gedanken über Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit im Zeitalter künstlicher Intelligenz – von Herbert Schepkowski



KI-Hinweis: *Die Abbildung wurde mithilfe künstlicher Intelligenz erstellt und redaktionell gestaltet. Sie dient der schematischen Veranschaulichung des Beitrags. Größenverhältnisse und Balkenhöhen sind illustrativ und stellen keine statistisch erhobenen Werte dar.*

> **Wer zahlt Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, wenn Maschinen und künstliche Intelligenz einen wachsenden Teil unserer Arbeit übernehmen?**

Diese Frage wirkt futuristisch, betrifft uns aber längst heute. Die Veränderung beginnt leise: Versicherungen lassen Schadensfälle vorsortieren, Banken automatisieren Vorgänge, Software übernimmt Routineaufgaben in Buchhaltung und Verwaltung, KI erstellt Texte, analysiert Daten oder unterstützt bei der Programmierung.

Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass ganze Berufe verschwinden. Aber es könnte bedeuten, dass fünf Menschen künftig eine Arbeit erledigen, für die bislang zehn benötigt wurden.

Damit wird aus einer technologischen eine gesellschaftliche Frage.

Unser Steuer- und Sozialversicherungssystem beruht zu einem erheblichen Teil darauf, dass Menschen arbeiten, Löhne erhalten und daraus Steuern und Sozialversicherungsbeiträge entrichten. Auch die Arbeitgeberbeiträge knüpfen im Wesentlichen an die Lohnsumme an.

Doch was geschieht, wenn die Wertschöpfung steigt, während die dafür benötigte menschliche Arbeitszeit sinkt?

Die Produktion verschwindet nicht. Die Wertschöpfung ebenfalls nicht – im Idealfall wächst sie sogar. Aber der Mensch könnte als unmittelbarer Produzent eines Teils dieser Wertschöpfung an Bedeutung verlieren.

> **Eine Gesellschaft könnte durch KI produktiver und wohlhabender werden und gleichzeitig Schwierigkeiten bekommen, ihren Sozialstaat zu finanzieren. Nicht weil kein Geld mehr erwirtschaftet würde, sondern weil es zunehmend an anderer Stelle entsteht.**

Unser Sozialstaat hängt an menschlicher Arbeit

Die Sozialleistungen in Deutschland beliefen sich 2025 nach vorläufigen Angaben auf rund 1,431 Billionen Euro. Das entsprach etwa 32 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

(Quelle: BMAS, Sozialbudget 2025)

Ein erheblicher Teil der Finanzierung des Sozialstaats knüpft unmittelbar oder mittelbar an Erwerbseinkommen und Beschäftigung an. Besonders deutlich wird das in der gesetzlichen Rentenversicherung: Für 2025 wurden rund 321 Milliarden Euro Beitragseinnahmen erwartet; rund 89 Prozent davon entfielen auf Pflichtbeiträge aus Erwerbstätigkeit.

(Quelle: Deutsche Rentenversicherung, Bericht 2025)

Solange Beschäftigung, Löhne und wirtschaftliche Wertschöpfung weitgehend gemeinsam wachsen, kann ein lohnbezogenes Finanzierungssystem funktionieren. Doch KI stellt die Frage, ob diese Verbindung dauerhaft bestehen bleibt.

KI ist längst keine Zukunftsmusik mehr

Im Jahr 2025 nutzte bereits knapp jeder vierte Betrieb in Deutschland generative KI. 2023 waren es erst fünf Prozent gewesen. Bei Betrieben mit mindestens 200 Beschäftigten lag der Anteil 2025 bei 48 Prozent. Besonders verbreitet war generative KI in Information und Kommunikation mit 59 Prozent sowie im Finanz- und Versicherungswesen mit 50 Prozent.

(Quelle: IAB, Kurzbericht 8/2026)

> **Technische Ersetzbarkeit bedeutet nicht automatisch Arbeitsplatzverlust. KI ersetzt zunächst Tätigkeiten – nicht zwangsläufig Menschen.**

Ein Beruf besteht aus vielen unterschiedlichen Aufgaben. Manche davon können automatisiert werden, andere nicht. Erst die tatsächliche Einführung der Technologie, betriebliche Entscheidungen, Qualifizierungsmöglichkeiten, Wettbewerb und Nachfrage bestimmen, was daraus für die Beschäftigung entsteht.

Auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) warnt davor, technologische Exposition mit dem Verschwinden von Arbeitsplätzen gleichzusetzen. Weltweit arbeitet etwa jeder vierte Beschäftigte in einem Beruf, der in irgendeinem Umfang gegenüber generativer KI exponiert ist. Nach Einschätzung der ILO ist bei den meisten Berufen die Veränderung von Tätigkeiten wahrscheinlicher als ihre vollständige Abschaffung.

(Quelle: ILO, Generative AI and Jobs: A 2025 Update)

Welche Berufe könnten besonders betroffen sein?

Besonders stark verändert werden dürften Tätigkeiten, bei denen Informationen nach relativ klaren Regeln aufgenommen, verarbeitet, geprüft, sortiert oder weitergeleitet werden. Dazu gehören beispielsweise:

- Datenerfassung und klassische Sachbearbeitung
- Buchhaltung und standardisierte Rechnungsprozesse
- Sekretariats- und Assistenzaufgaben
- Teile des Kundenservices und von Callcentern
- standardisierte Versicherungs- und Bankprozesse
- Übersetzungen und einfache Texterstellung
- bestimmte Bereiche der Finanzanalyse

- Teile der Programmierung und Softwareentwicklung
- standardisierte juristische Recherche

Die ILO sieht weiterhin besonders hohe Expositionswerte bei Büro- und Verwaltungstätigkeiten. Zugleich nimmt die Exposition bei digitalisierten Fach- und Wissensberufen zu, unter anderem durch Fortschritte bei Text-, Bild-, Sprach- und Video-KI.

(Quelle: ILO, Refined Global Index of Occupational Exposure, 2025)

Aber auch hier gilt: Exposition bedeutet nicht Abschaffung. Die Zahlen beschreiben, welche Tätigkeiten technisch unterstützt oder übernommen werden könnten. Sie sagen nicht voraus, wie viele Arbeitsplätze tatsächlich verschwinden werden.

Wer könnte von KI profitieren?

Doch Automatisierung ist kein Nullsummenspiel. Technologischer Wandel beseitigt bestimmte Tätigkeiten, verändert andere und lässt neue entstehen.

Nach dem Future of Jobs Report 2025 des World Economic Forum gehören insbesondere Big-Data-Spezialisten, FinTech-Ingenieure, KI- und Machine-Learning-Spezialisten sowie Software- und Anwendungsentwickler zu den international am schnellsten wachsenden Berufsgruppen. Zugleich werden Pflege-, Sozial- und Bildungsberufe als wichtige Wachstumsfelder genannt. Die Angaben beruhen auf einer internationalen Arbeitgeberbefragung und sind keine konkrete Beschäftigungsprognose für Deutschland.

(Quelle: World Economic Forum, Future of Jobs Report 2025)

Aber auch innerhalb bestehender Berufe kann KI zum Produktivitätswerkzeug werden: Pflegekräfte könnten von automatisierter Dokumentation entlastet werden, Lehrkräfte KI zur Vorbereitung und Individualisierung des Unterrichts nutzen, Ärzte Diagnosesysteme einsetzen und Handwerker Planung, Kalkulation oder Materialbeschaffung stärker automatisieren.

Die entscheidende Trennlinie könnte deshalb künftig weniger zwischen hoch qualifiziert und gering qualifiziert verlaufen. Sie könnte vielmehr zwischen Tätigkeiten liegen, bei denen KI den Menschen ersetzt, und solchen, bei denen KI den Menschen produktiver macht.

Wenn aus zehn Beschäftigten acht werden

Nehmen wir ein bewusst vereinfachtes Beispiel. Ein Unternehmen beschäftigt zehn Personen mit jeweils 4.500 Euro Monatsbrutto. Durch den Einsatz von KI steigt die Produktivität so stark, dass künftig acht Beschäftigte dieselbe Leistung erbringen können. Zwei Stellen werden nach dem Ausscheiden ihrer bisherigen Inhaber nicht wiederbesetzt.

Für 2026 beträgt der durchschnittliche Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz – Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung zusammen – 42,3 Prozent. Er umfasst Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile; individuelle Besonderheiten wie Kinderlosenzuschläge oder kassenindividuelle Abweichungen sind in dieser vereinfachten Betrachtung nicht berücksichtigt.

(Quelle: Sachverständigenrat Wirtschaft, Frühjahrsgutachten 2026)

> **54.000 Euro Jahresbrutto × 42,3 % = rund 22.842 Euro Sozialversicherungsbeiträge pro Beschäftigten und Jahr – Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite zusammen.**

Für zwei nicht wiederbesetzte Stellen wären das rund 45.684 Euro pro Jahr.

Würden beispielsweise dauerhaft eine Million entsprechend vergütete Vollzeitstellenäquivalente entfallen und nicht durch neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ersetzt, entspräche dies in einer rein statischen Modellrechnung einem um rund 22,8 Milliarden Euro geringeren jährlichen Sozialversicherungsaufkommen.

Diese Zahl ist ausdrücklich keine Prognose über künftige Arbeitsplatzverluste durch KI. Sie zeigt lediglich die rechnerische Größenordnung eines Szenarios, in dem sozialversicherungspflichtige Arbeit tatsächlich dauerhaft durch automatisierte Wertschöpfung ersetzt würde.

Auch die Steuereinnahmen verschieben sich

Wenn die beitragspflichtige Lohnsumme sinkt, betrifft das nicht nur die Sozialversicherung. Auch die Bemessungsgrundlage der Lohnsteuer wird kleiner. Wie stark die tatsächlichen Lohnsteuereinnahmen sinken würden, lässt sich nicht pauschal beziffern, weil sie unter anderem von Einkommen, Steuerklasse, Beschäftigungsstruktur und neu entstehenden Arbeitsplätzen abhängen.

Gleichzeitig kann höhere Produktivität zu höheren Unternehmensgewinnen, Kapitalerträgen und Konsumausgaben führen – und damit an anderer Stelle zusätzliche Steuereinnahmen

erzeugen. Entscheidend ist also nicht zwangsläufig, dass dem Staat insgesamt weniger Geld zufließt. Entscheidend ist, ob sich die Einkommens- und Wertschöpfungsstruktur schneller verändert als das Steuer- und Abgabensystem.

Der Internationale Währungsfonds weist genau auf dieses Risiko hin: Wenn der Anteil der Arbeitseinkommen sinkt, kann die bisherige Steuerbasis erodieren. Der IWF rät zugleich von einer speziellen KI- oder Robotersteuer ab und betont stattdessen die wachsende Bedeutung einer wirksamen Besteuerung von Kapital- und Unternehmensgewinnen sowie die Überprüfung steuerlicher Anreize, die eine übermäßige Verdrängung menschlicher Arbeit begünstigen könnten.

(Quelle: IWF, Broadening the Gains from Generative AI, 2024)

> **Die eigentliche Frage lautet deshalb nicht nur: Wie viel Wertschöpfung entsteht? Sondern: In welcher Form entsteht Einkommen – und an welcher Stelle kann der Staat darauf zugreifen?**

Wer übernimmt künftig die Sozialversicherungsbeiträge?

Hier liegt ein oft unterschätztes Problem. Wenn ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz dauerhaft verschwindet, entfällt nicht nur der Beitrag des Arbeitnehmers. Auch der daran gekoppelte Arbeitgeberbeitrag entfällt. Der Sozialversicherung gehen damit grundsätzlich beide beitragsbezogenen Finanzierungsanteile verloren.

Eine Abgabe auf Maschinen oder KI, die lediglich den bisherigen Arbeitgeberanteil ersetzen würde, könnte deshalb nur einen Teil der bisherigen Finanzierung auffangen.

> **Wer übernimmt künftig den Arbeitnehmeranteil?**

Soll das Unternehmen auch diesen Anteil tragen? Soll er aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden? Soll die Wertschöpfung eines Unternehmens stärker zur Finanzierung herangezogen werden? Oder muss sich die Sozialversicherung insgesamt stärker von der Lohnsumme lösen?

Keine dieser Lösungen ist kostenlos. Die Belastung verschwindet nicht. Sie wird lediglich anders verteilt.

Und was wird aus dem persönlichen Rentenanspruch?

Die Finanzierungsfrage hat noch eine zweite Seite. Sozialversicherung bedeutet nicht nur, dass genügend Geld in die Systeme fließt. Menschen erwerben durch ihre Beiträge auch individuelle Ansprüche.

Besonders deutlich wird dies bei der gesetzlichen Rentenversicherung. Wer arbeitet und Beiträge zahlt, erwirbt Entgeltpunkte und damit persönliche Rentenansprüche. Wenn Erwerbsbiografien durch Automatisierung häufiger unterbrochen werden oder Menschen dauerhaft weniger beitragspflichtige Arbeitsjahre erreichen, entsteht deshalb ein weiteres Problem:

> **Die Rentenkasse könnte theoretisch ausreichend finanziert sein – und trotzdem könnten einzelne Menschen zu geringe eigene Rentenansprüche erwerben.**

Damit müssen zwei Fragen getrennt beantwortet werden: Wie finanzieren wir künftig die Sozialversicherung? Und wie erwerben Menschen individuelle Ansprüche, wenn klassische Erwerbsarbeit an Bedeutung verliert?

Sechs Modelle für die Zukunft des Sozialstaats

Eine einfache Lösung gibt es nicht. Denkbar sind verschiedene Ansätze, die miteinander kombiniert werden könnten.

1. Wertschöpfungsbezogene Finanzierung

Die Arbeitgeberseite der Finanzierung könnte künftig teilweise nicht mehr ausschließlich an die Lohnsumme, sondern auch an betriebliche Wertschöpfungsgrößen anknüpfen. Ein hochautomatisiertes Unternehmen mit wenigen Beschäftigten und hoher Wertschöpfung würde dadurch stärker zur Finanzierung beitragen als heute.

Allerdings könnte eine solche Abgabe kapitalintensive Unternehmen zusätzlich belasten, Investitionen beeinflussen und neue Abgrenzungsprobleme schaffen. Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages verweisen darauf, dass Wertschöpfungs-, Digital- und Robotersteuerkonzepte gerade mit dem Ziel diskutiert werden, einer Erosion der Steuerbasis durch stärkere Einbeziehung von Kapital beziehungsweise Erträgen entgegenzuwirken.

(Quelle: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, WD 4-040/25)

2. Gesamtgesellschaftliche Leistungen stärker aus Steuern finanzieren

Leistungen, die gesamtgesellschaftlichen und nicht ausschließlich versicherungsbezogenen Zwecken dienen, könnten konsequenter aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden. Dadurch würde ihre Finanzierung auf eine breitere Basis gestellt und weniger stark an sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gekoppelt.

Der Sachverständigenrat Wirtschaft schlägt im Frühjahrsgutachten 2026 vor, nicht beitragsgedeckte Leistungen vollständig steuerzufinanzieren, soweit sie klar begründete gesamtgesellschaftliche Aufgaben erfüllen.

(Quelle: Sachverständigenrat Wirtschaft, Frühjahrsgutachten 2026)

3. Gewinne und Kapitaleinkommen stärker einbeziehen

Wenn sich Wertschöpfung zunehmend von Arbeit zu Kapital verlagert, könnten Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen einen größeren Beitrag zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben leisten. Der IWF argumentiert, dass eine sinkende Lohnquote die Bedeutung der Besteuerung von Kapitaleinkommen erhöht.

Dabei müssen jedoch mögliche Auswirkungen auf Investitionen, internationale Standortentscheidungen und die tatsächliche Steuerinzidenz berücksichtigt werden. Gerade bei mobilen Unternehmensgewinnen wird grenzüberschreitende Abstimmung wichtiger.

(Quelle: IWF, Fiscal Policy Can Help Broaden the Gains of AI to Humanity, 2024)

4. Ein gesellschaftlicher Kapitalfonds

Ein öffentlicher oder gesellschaftlicher Fonds könnte über viele Jahre Kapital aufbauen und dessen Erträge später zur Finanzierung bestimmter Sozialleistungen einsetzen. Damit würde der Sozialstaat selbst teilweise an Kapitalerträgen beteiligt.

Ein solcher Fonds wäre jedoch kein kostenloses Geld: Er müsste zunächst finanziert werden, bräuchte klare Anlage- und Governance-Regeln und müsste vor kurzfristigen politischen Zugriffen geschützt sein.

5. Produktivitätsgewinne nicht ausschließlich in Stellenabbau übersetzen

Steigende Produktivität muss nicht zwangsläufig bedeuten, dass weniger Menschen beschäftigt werden. Produktivitätsgewinne können auch in höhere Löhne, mehr Produktion oder kürzere Arbeitszeiten bei weitgehend stabilen Einkommen fließen.

Wenn beispielsweise zehn Beschäftigte dank KI dieselbe Leistung künftig in vier statt fünf Arbeitstagen erbringen könnten, wäre auch eine andere Verteilung des Produktivitätsgewinns denkbar als die Streichung von zwei Stellen. Ob dies wirtschaftlich möglich ist, hängt stark von Wettbewerb, Nachfrage, Branche und Verhandlungsmacht ab.

6. Neue Regeln für den Erwerb sozialer Ansprüche

Wenn klassische Erwerbsbiografien tatsächlich kürzer oder unsteter werden, könnte neu diskutiert werden, welche gesellschaftlich sinnvollen Zeiten rentenrechtlich berücksichtigt werden. Denkbar wären beispielsweise stärkere Anrechnungen für Weiterbildung, Pflege- und Sorgearbeit oder längere berufliche Transformationsphasen.

Auch diese Ansprüche müssten finanziert werden. Eine Ausweitung von Ansprüchen beantwortet daher nicht automatisch die Finanzierungsfrage, sondern verschiebt sie auf die allgemeine Steuer- oder Beitragsbasis.

Die eigentliche Frage ist nicht: Wer zahlt für die Maschine?

Die Vorstellung einer sogenannten Roboter- oder Maschinensteuer wirkt zunächst bestechend. Ersetzt eine Maschine einen Arbeitnehmer, könnte das Unternehmen so behandelt werden, als würde der Arbeitsplatz weiterhin bestehen.

Doch bereits die Berechnung wäre schwierig. Welchen Arbeitnehmer ersetzt eine KI? Eine Sachbearbeiterin? Einen Programmierer? Mehrere Personen gleichzeitig? Und was ist überhaupt eine steuerpflichtige Maschine? Ein Industrieroboter ist leicht zu erkennen. Bei einer KI-Funktion innerhalb einer gewöhnlichen Bürosoftware wird die Abgrenzung erheblich schwieriger.

Der IWF rät deshalb von einer speziellen KI- oder Robotersteuer ab: Sie sei schwer zielgenau auszugestalten und könne produktive Investitionen und Innovation hemmen. Sinnvoller könne es sein, steuerliche Verzerrungen zu beseitigen und die wirtschaftlichen Erträge von Kapital und Automatisierung angemessen in die allgemeine Steuerbasis einzubeziehen.

(Quelle: IWF, Broadening the Gains from Generative AI, 2024)

Die entscheidende Frage: Wem gehört die Produktivität?

Damit gelangen wir zum Kern der Debatte. Eine Volkswirtschaft wird durch steigende Produktivität zunächst nicht ärmer. Im Gegenteil: Wenn dieselbe Menge Güter und Dienstleistungen mit weniger menschlicher Arbeitszeit erzeugt werden kann, entsteht zusätzlicher wirtschaftlicher Spielraum.

> **Doch Produktivität besitzt keinen eigenen Geldbeutel. Ihre Erträge müssen irgendwo ankommen.**

Bei Arbeitnehmern in Form höherer Löhne oder kürzerer Arbeitszeiten. Bei Verbrauchern durch niedrigere Preise. Bei Unternehmen durch höhere Gewinne. Bei Eigentümern durch höhere Kapitalerträge und Unternehmenswerte. Oder beim Staat durch Steuern und Abgaben.

> **Wem kommt die durch KI erzeugte Produktivität zugute?**

Wenn Produktivitätsgewinne breit verteilt werden, neue Beschäftigung entsteht, Einkommen wachsen und Arbeitszeiten sinken, könnte unser heutiges Finanzierungssystem wesentlich stabiler bleiben.

Wenn dagegen die Lohnsumme schrumpft und ein wachsender Teil der Wertschöpfung als Unternehmens- und Kapitaleinkommen anfällt, während Sozialversicherungen weiterhin weitgehend an menschlicher Arbeit anknüpfen, entsteht ein strukturelles Problem.

> **Dann hätte der Sozialstaat möglicherweise nicht zu wenig Wohlstand. Er würde lediglich versuchen, den Wohlstand der Zukunft mit der Finanzierungslogik der Vergangenheit zu erfassen.**

Wie finanzieren wir unser Gemeinwesen?

Die wichtigste steuer- und sozialpolitische Frage des KI-Zeitalters lautet deshalb nicht allein: Wie besteuern wir künstliche Intelligenz?

> **Die größere Frage lautet: Wie finanzieren wir unser Gemeinwesen, wenn Arbeit und Wertschöpfung zunehmend auseinanderfallen?**

Eine Gesellschaft, die durch KI produktiver wird, müsste eigentlich bessere Möglichkeiten besitzen, Alter, Krankheit, Pflege, Bildung und soziale Sicherheit zu finanzieren – nicht schlechtere.

Ob dieser zusätzliche Wohlstand dafür genutzt wird, entscheidet jedoch nicht die Technik. KI entscheidet nicht, wie Gewinne verteilt werden. Sie entscheidet nicht, wie Sozialversicherungsbeiträge erhoben werden. Sie entscheidet nicht, welche Tätigkeiten gesellschaftlich anerkannt werden. Und sie entscheidet nicht, welcher Anteil des zusätzlichen Wohlstands in Renten, Pflege, Gesundheit, Bildung oder Infrastruktur fließt.

> **Das entscheiden weiterhin wir.**

Vielleicht müssen wir deshalb künftig weniger danach fragen, wer die Arbeit verrichtet, und stärker danach, wo Wertschöpfung entsteht – und wie und nach welchen Kriterien sie zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beiträgt.